

Lügen haben kurze Beine, Teil 2

Die Motive, warum die eigentlichen Krisenursachen¹ verschwiegen und die Krise permanent geschönt wird.

Von Andres Müller

Im Prinzip gibt es drei Motive für das Verhalten der gleichgeschalteten westlichen Politik und der angepaßten Medien:

- Der Glaube an eine Wirtschaftswissenschaft, die sich der Ideologie des Kapitalismus verschrieben hat, weshalb aus der ursprünglichen Wissenschaft eine Dogmenlehre geworden ist. Es ist die gleiche Fehlentwicklung, die in der untergegangenen kommunistischen Welt die sogenannte marxistische Wirtschaftswissenschaft hat entstehen lassen. Auch dort wurden die Wissenschaftler vom System vereinnahmt.
- Das allgemeine Denkverbot, die USA als das zu sehen was sie sind: Imperialmacht mit dem ungehemmten Streben, die Welt zu beherrschen und allen Völkern ihre Werte aufzuzwingen. Dabei bedienen sich die USA neben militärischer Mittel (deren sich alle weltgeschichtlich bekannten Imperien bedient haben) vor allem der Macht der Finanzmärkte.
- Die unweigerliche Folge daraus ist, daß sich das Imperium dieses Mittel nicht nehmen lassen wird, entgegen allen Beteuerungen, die Finanzwelt künftig transparent zu machen und ihre Geschäfte einer internationalen und einheitlichen Kontrolle zu unterwerfen. Das auf der Weltwährung Dollar basierende Geldschöpfungs- und Spekulationsgeschäft hat für die Weltherrschaft der USA noch weit größere Bedeutung als die technische Überlegenheit der amerikanischen Streitkräfte. Ohne diese Macht wären die USA unter der Last der inneren Staatsverschuldung und der externen Leistungsbilanzschulden schon lange zusammengebrochen.

Beginnen wir die Motivanalyse bei den Wirtschaftswissenschaften, die sich zum Handlanger der neokapitalistischen Ideologie entwickelt haben.

Eine Wissenschaft wird mißbraucht

Ihre Vertreter lassen sich vom herrschenden Politsystem vereinnahmen. Das ist nicht neu in der Geschichte, doch die heutigen Wissenschaftler selbst werden die Behauptung entrüstet von sich weisen. Nur für vergangen Epochen und mißliebige Systeme seien solche Vorwürfe angebracht. Klären wir den Vorwurf in einer sachlichen Analyse:

Die Wirtschaftswissenschaft (Betriebs- und Volkswirtschaftslehre) hat sich von einer ehemals primär empirischen Wissenschaft zu einer an abstrakten mathematischen Modellen orientierten theoretischen Disziplin entwickelt. Der Glaube, daß man mit diesen Modellen die Wirklichkeit des Wirtschaftslebens besser verstehen und erklären könne, und daß man Wirtschaftskrisen auf diese Art und Weise, wenn nicht verhindern, so doch beherrschen könne, hat getragen. Die große Krise des Globalkapitalismus

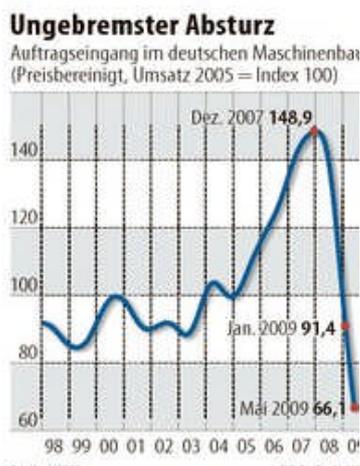
¹ Die ökonomisch-technischen Auslöser der Krise werden sehr wohl genannt und über ihre Bedeutung wird von der Schar der Ökonomen gestritten, aber man ist nicht bereit, auf die systemimmanenten Ursachen, z.B. die Triebfeder Renditemaximierung in einer globalkapitalistischen Welt ohne Wirtschaftsgrenzen nachzudenken.

begann in den USA, in jenem Land, dessen Wirtschaftswissenschaftler die meisten Nobelpreise eingeehmt hatten. Gerade weil sie diese komplexen mathematischen Modelle entwickelt hatten. Doch kein einziger der gewürdigten Preisträger hat die Krise vorhersagen können.

Auch in der jetzigen Phase, da die bangende Journaille hofft, daß der Wendepunkt der Krise erreicht sei, verhält es sich ähnlich. Man beruft sich auf gefühlte Stimmungen aus Meinungsumfragen und auf die Entwicklung des vierteljährlich gemessenen Bruttoinlandsproduktes. Wie wäre es mit monatlichen oder gar wöchentlichen Messungen? Je kürzer das gewählte Zeitintervall, desto geringer ist der Aussagewert. Das ist bei stetigen Funktionen in der Mathematik gerade umgekehrt! Was im Modell die logische Folge der mathematischen Annahme (stetige Funktion) ist, nämlich der Anstieg des Bruttoinlandsproduktes nach Erreichen des Wendepunktes, muß in der Realität des komplexen Wirtschaftslebens noch lange nicht die zwangsläufige Folge sein!

Die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes verläuft nicht nach den Gesetzen mathematischer Funktionen! Und es gibt gerade jetzt, im Juli und August 2009, eine Reihe von sehr gewichtigen Anzeichen, daß im Moment noch kein stetiger Aufschwung einsetzen, sondern der weitere Niedergang sich fortsetzen wird. Einige dieser Hinweiszeichen seien im Folgenden ausdrücklich aufgezählt: Diese vollständig aufzulisten und ihr quantitatives Ausmaß über die dazugehörigen Multiplikator- und Akzeleratorprozesse zu ermitteln, gehörte eigentlich zu den Kernaufgaben wirtschaftswissenschaftlicher Lehrstühle und Forschungsinstitute. Von solchen Bemühungen ist in der Öffentlichkeit nichts bekannt geworden.

Im Maschinenbau:² sanken die Auftragseingänge im Juli 2009 um real 48 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Inlandsbestellungen gingen um 42 Prozent und die



Auslandsnachfrage um 51 Prozent zurück. Die Kapazitäten der Branche sind nur noch zu 69 Prozent ausgelastet. Der Auftragseingang im Jahr 2009 ist sogar weit unter das Niveau des Jahres 1998 gesunken, wie nebenstehende Graphik veranschaulicht.³

Im Teilbereich Werkzeugmaschinenbau betrug der Auftragsrückgang im zweiten Quartal 2009 65 Prozent, im ersten Quartal hatte der Rückgang sogar 70 Prozent betragen.

Noch größere Bedeutung kommt der Entwicklung der Exporte im Jahre 2009 zu. Ende März 2009 schätzte der [Außenhandelsverband \(BGA\)](#) die Exportminderung auf bis zu 15 Prozent, für die Einfuhr erwartet der BGA einen Rückgang um 8 Prozent.⁴ Die Exporte betragen im Jahr 2008 1.179,36 Mrd. Euro⁵. Eine Minderung um 15 Prozent, entspricht einem Rückgang um 176,9 Mrd. auf 1.002 Mrd.

² Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31.07.2009 Seite 11.

³ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 02.07.2009 Seite 11.

⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25.03.2009 Seite 12.

⁵ Vgl. Bundesamt für Statistik im Weltnetz unter:

<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/VolkswirtschaftlicheGesamtrechnungen/Inlandsprodukt/Tabellen/Content75/Gesamtwirtschaft.templateId=renderPrint.psml>.

Euro. Nachstehende Tabelle zeigt die Veränderungen übersichtlich:⁶

	In Mrd. Euro		geschätzter Rückgang
	2008	2009	
Bruttoinlandsprodukt	2.495,80	?	
Exporte	1.179,36	1.002,46	-15%
Importe	1.023,67	941,78	-8%
Exporte - Importe (Exportüberschüsse)	155,69	60,68	

Worauf es in unserer Betrachtung ankommt, das ist der zu erwartende Rückgang der Exporte in Höhe von 176,9 Mrd. Euro. Er bedeutet eine Einkommensminderung in gleicher Höhe, die natürlich einen negativen Multiplikatoreffekt haben muß. Mit ihren beiden Konjunkturprogrammen in Höhe von rund 81 Mrd. Euro wollte die Bundesregierung den wirtschaftlichen Einbruch verhindern. Sie rechnete dabei mit einem Multiplikator von 4,54.⁷ Dem steht aber ein negativer Multiplikator in gleicher Höhe entgegen. Allein aus der Differenz $-176,9 - 81 = -95,9!$ Bei einem Multiplikator von 4,54 würde sich also das Volkseinkommen um -435 Mrd. Euro im Jahr 2009 verringern.

Bisher hat die Wirtschaftskrise die Zahl der Arbeitslosen nur unwesentlich erhöht. Es gibt keine Zweifel und keinen Volkswirt, der nicht einräumen muß, daß die Zahl der Arbeitslosen in den nächsten Monaten erheblich steigen wird. Fürs erste konnte die Methode der Kurzarbeit die Erhöhung der Arbeitslosenzahlen verhindern, doch Kurzarbeit ist nichts anderes als verdeckte Arbeitslosigkeit, die noch dazu die Arbeitsproduktivität und damit die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Unternehmen erheblich senkt.

Die Krise wird massive Spuren auf dem deutschen Arbeitsmarkt hinterlassen. Bis Ende kommenden Jahres werden 1,1 Millionen Arbeitnehmer in Deutschland ihre [Arbeitsstelle](#) verlieren, die Arbeitslosenquote auf 10,8 Prozent oder 4,7 Millionen steigen. Das sagen eine Reihe von Gutachten, das muß auch Wirtschaftsminister zu Guttenberg einräumen⁸.

Der Neoliberalismus der USA diktiert was zu geschehen hat

Die Wirtschaftskrise deckt jetzt auf, was der Neo-Imperialismus des 20. und 21. Jahrhunderts tunlichst verbergen wollte:

Die Welt steht unter der Fuchtel der – durch zwei Weltkriege entstandenen – Weltherrschaft einer Allianz, die sich selbst als Westliche Wertegemeinschaft bezeichnet. Ihr Clan-Chef, die USA, sind zum absoluten Hegemon aufgestiegen. Unter ihren Fittichen erhalten die dem System sich freiwillig einordnenden Vasallenstaaten eine begrenzte Teilhabe an dieser Macht. Doch die bekommen sie nicht ohne Gegenleistung. Sie besteht in der Öffnung der Wirtschaftsgrenzen, die dem anglo-amerikanischen Kapital den Zugriff auf die Produktionsressourcen der im System eingebundenen

⁶ Die volkswirtschaftlichen Größen wurden am 25.08.09 vom Bundesamt für Statistik veröffentlicht. Der geschätzte Rückgang der Exporte stammt vom Außenhandelsverband, wie oben angegeben. Für das erste Quartal hatte das [Bundesamt für Statistik](#) einen Rückgang der Exporte um 23 Prozent und der Importe um 16 Prozent ermittelt (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 09.04.2009 Seite 13). Die Schätzungen des Außenhandelsverbandes dürften also realistisch sein.

⁷ Zur Höhe des Multiplikators vgl. Vgl. „Der Spiegel 2008, Nr. 49, Seite 27. Zur Wirkungsweise des Multiplikators vgl. www.hpatzak.de, Grundlagen: Vom Sinn und Unsinn der Abwrackprämie.

⁸ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.04.2009 Seite 1.

Volkswirtschaften erlaubt. Das sind einerseits die Rohstoffvorräte der Entwicklungs- und Schwellenländer, in den fortgeschrittenen Industrieländern sind es die leistungsfähigen Produktions- und Dienstleistungsunternehmen und die dort entwickelten Patente und Lizenzen. Wo immer auf der Welt ein Unternehmen herausragende Gewinne erzielt hat, fiel es der Renditegier des anglo-amerikanischen Kapitals zum Opfer. Darüber hinaus haben die US-Vasallenregierungen seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts die Pflicht übernommen, militärische Hilfstruppen in allen Teile der Welt abzustellen, um die Herrschaft des Imperiums abzusichern.

In Deutschland haben Generationen von Nachkriegspolitikern in der demokratisch besetzten BRD und im sowjetisch okkupierten Mitteldeutschland sich alle Mühen gegeben, unter Hintanstellung der Interessen des eigenen Volkes und seiner Lebensrechte die Gunst der Besatzer zu erlangen. Der Zusammenbruch der über zwei Jahrtausende gewachsenen deutschen Volksgemeinschaft zu einem Deutschen Staat wurde nach dem 2. Weltkrieg unter massiver, über Jahrzehnte andauernder Medienhetze zur Befreiung umdeklariert. Heute sind die Deutschen unter dem permanenten Hagel der Medienverhetzung bereits so weit phlegmatisiert, daß sie klag- und widerstandslos die Umetikettierung des Kriegsausbruches zwischen Deutschland und Polen am 01.09.1939 zur ganz offenkundigen Geschichtslüge hinnehmen. So nennt das Politjournal „Der Spiegel“ seinen Leitartikel in Heft Nr. 35 vom 24.08.2009 **„Der Krieg der Deutschen: 1939: als ein Volk die Welt überfiel“**. Objektiv gesehen handelt es sich dabei um eine Volksverhetzung, wie sie kein anderes Volk dieser Erde hinnähme.

Die Deutsche Bundeskanzlerin, Angela Merkel, hat kürzlich den Schlüssel zum Selbstverständnis deutscher Parteipolitiker der Nachkriegsära geliefert, als sie davon sprach, daß die Sicherung des Existenzrechtes von Israel zur deutschen Staatsräson gehöre. Zur Liste der zur Staatsräson gehörenden Axiome gehören weiterhin: die Akzeptanz der Alleinkriegsschuld der Deutschen an den beiden Weltkriegen, die Ausrottung des deutschen Militarismus und Nazismus, das Bekenntnis zum Holocaust, das Bestreben, die Nation der Deutschen durch unbegrenzte Immigration aufzulösen und die verbliebenen Deutschen in ein multikulturelles europäisches Staatsgebilde zu überführen.

Die Wirtschaft war das geeignete Mittel zum Zweck, die ungeschriebene Staatsräson der deutschen Nachkriegspolitik in ihren unterschiedlichen Facetten zu realisieren. Eigentlich wäre die Krise geeignet, die Deutschen (das Volk) nun endlich zu lehren, daß die Staatsräson – eine Art Überverfassung – in ihrem Kern eine verordnete Lebenslüge ist. Eigentlich müßte sie auch den verantwortlichen Politikern vor Augen führen, daß man sich selbst etwas vorgemacht – sich selbst belogen hat. Wer ständig bereit ist, die alleinige Schuld seiner Väter und Großväter für den Ablauf der Geschichte öffentlich und für alle Zukunft zu bekennen, der muß sich nicht wundern, wenn solch falsches Büßertum ausgeschlachtet und zum Zweck rigoroser Vorteilsnahmen in der Politik mißbraucht wird. Die willfährigen Politiker können sich das Büßergewand leicht umhängen, wenn das von ihnen vertretene Volk dafür zahlen muß.

Diese ungeschriebene Staatsräson erklärt so viele Handlungsmuster der deutschen Nachkriegspolitik.

Im Wirtschaftsleben wurden dem internationalen Kapital z.B. alle Möglichkeiten eingeräumt, sich deutsches Produktivvermögen anzueignen. Es reichte nicht aus, daß die Siegermächte nach dem zweiten Weltkrieg die Deutschen von ihren Patenten und Lizenzen befreit haben. Mit der fortschreitenden Internationalisierung der Finanzmärkte, man nannte es Liberalisierung, brauchte man keine Kriege mehr führen, um sich die ertragreichen Patente, Lizenzen oder ganze Produktionsstätten anzueignen. Es genügte,

diese Werte aufzukaufen mit Geldern, die man reichlich selbst schöpfte. Diese Methode der eigenhändigen Geldschöpfung löste ja letztendlich die große Krise aus. Man hatte „zuviel des Guten“ getan!

Die Medien in Deutschland begrüßten die neue Entwicklung und behaupteten, ausländische Investoren würden auf diese Art und Weise in Deutschland Arbeitsplätze schaffen. Sie haben aber keine Arbeitsplätze geschaffen, sondern leistungsfähige deutsche Arbeitskräfte mitsamt den Betrieben übernommen, um die Arbeitsplätze danach abzubauen. Das deutsche Kapital hat das Terrain freiwillig geräumt und seinerseits im Billiglohn-Ausland investiert. Und wieder wurden Arbeitsplätze vernichtet. Alles geschah der Rendite wegen. Geschädigt wurde das einfache Volk: der Produktionsfaktor Arbeit. Die Lohnquote sank im Sturzflug, die Arbeitslosenzahlen erreichten die für den Kapitalismus typischen Rekordhöhen. Die Schuld an dieser Entwicklung gab man den hohen Löhnen in Deutschland – nicht dem internationalen Kapital und nicht der Globalisierung! Allein dem technischen Fortschritt ist es zu verdanken, daß die Menschen noch nicht absolut verarmten.

Die fortwährende und alle Maße sprengende Spekulation des internationalen Finanzkapitals, bei der die deutschen Fahnenräger des Kapitalismus nicht zu spät kommen wollten, hat das Weltfinanzsystem zum Einsturz gebracht und eine Weltwirtschaftskrise ausgelöst, die das gesamte imperiale Polit- und Wirtschaftssystem bedroht.

Doch die Eliten aus Politik und Wirtschaft haben aus der Krise nichts gelernt. Noch ist sie nicht überwunden, da wird so weiter gemacht, als wäre nichts geschehen. Die Entwicklung der Opel-Affäre zeigt das in aller Deutlichkeit:

Der deutsche Staat und seine Bürger zahlten 1,5 Mrd. Euro, um das vom US-Kapital aufgekaufte Opel Werk vor dem Konkurs zu bewahren. Für weitere 4,5 Mrd. will die Deutsche Regierung als Bürge eintreten. Den deutschen Politikern ging es dabei eigentlich nur um das eigene Ansehen, um das sie bangen, wenn die Opel-Arbeitsplätze in Deutschland verloren gingen. Im September sind Bundestagswahlen.

Doch was hat die Deutsche Regierung mit ihren monatelangen stümperhaften Verhandlungen erreicht? Sie hat die Opel Werke vor einem Konkurs bewahrt, damit sie weiterhin im Eigentum des US-Kapitals bleiben können! Die Deutsche Regierung hat das US-Kapital mit ihren Zahlungen und Bürgschaften vor einem immensen Vermögensverlust bewahrt. Wäre Opel in Konkurs gegangen, wären auch sämtliche Patente und Lizenzen, die deutsche Ingenieuren und Techniker entwickelt haben, wertlos geworden. Ihr Wert entspricht dem Eigenkapital mit dem GM an Opel momentan beteiligt ist. Dieser Wert hätte sich in Null und Nichts aufgelöst und mit Erlösen der abzuwrackenden Maschinen und Fabrikgebäude hätte GM nicht einmal die Schulden bezahlen können.

Die Opel-Affäre kennzeichnet die heutige deutschen Staatsräson in höchster Vollendung! Ob die Deutschen jemals erkennen werden, in welcher Weise ihre Politiker den Auftrag und Schwur handhaben, das Wohl des Deutschen Volkes zu mehren? Bisher haben das die einheitlich dirigierten Medien zu verhindern gewußt.

Die Krisenherde wurden nicht ausgelöscht, „the show must go on“

Die USA und England haben ein existentielles Interesse, daß die angloamerikanische Finanzindustrie ihre Macht nicht verliert. Alle internationalen Konferenzen und Gremien, die vorgaben künftige Krisen verhindern zu wollen, haben deshalb nichts, aber auch gar nichts erreichen können. Die Weltfinanzmacht kann sich nur behaupten, wenn das Spiel

so weiter gehen kann wie bisher, obwohl die aufgeschreckten Politiker hoch und heilig versprochen haben, die Finanzmärkte in Zukunft zu kontrollieren und zu regulieren.

Auf den internationalen Finanzmärkten, welche diese Krise ausgelöst haben, beginnen die Spekulationsgeschäfte aufs Neue. Die Notenbanken haben die Finanzindustrie in einem Ausmaß mit Geldmengen überflutet, wie dies in der Geschichte noch nie geschehen ist. Jetzt, im Sommer 2009, blüht die Spekulation von neuem auf. Man arbeitet mit den selben Methoden und mit den selben Papieren, die die Welt in die Krise gestürzt haben. Die großen Investmentbanken machen mit ihren Spekulationsgeschäften schon wieder milliarden schwere Gewinne, so wie eh und je! An dieser, die ganze Welt infizierenden, Wirtschaftskrise ist allerdings neu, daß sie die einfachen Menschen noch nicht erreicht hat, wie das in früheren Krisen der Fall war. Die Zahl der Arbeitslosen ist bisher nur in den USA markant in die Höhe geschnellt.

Daß die Arbeitslosigkeit weltweit bisher noch nicht wesentlich angestiegen ist, das ist der unerschöpflichen Geldmengenvermehrung durch die Notenbanken und den weltweiten Konjunkturprogrammen der Regierungen zuzuschreiben. Insoweit hat man aus der ersten großen Weltwirtschaftskrise nach dem 1. Weltkrieg gelernt. Damals war man aufgrund der vorherrschenden altliberalen Schule der Nationalökonomie dazu nicht bereit. Die Schul- und Lehrbuchökonomie hatte damals geraten, die Entwicklung dem freien Spiel der Märkte zu überlassen. In Deutschland ist der vorläufige Erfolg der staatlichen Konjunkturpolitik auch den sozialen Auffangsystemen zu verdanken, die im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft entwickelt worden sind.

Doch der endgültige Erfolg der staatlichen Krisenpolitik ist keinesfalls sichergestellt.

- Die von den Notenbanken der ganzen Welt bereitgestellten Gelder in vierstelliger Milliardenhöhe kommen zum großen Teil nicht den notleidenden Unternehmen und Branchen zu gute, sie werden von der Finanzindustrie statt dessen wieder in Spekulationsgeschäften angelegt, weil man sich dort höhere Renditen erwartet als bei der Kreditvergabe und weil man diese Renditen braucht, um die Milliardenverluste aus der Krise auszugleichen.
- Die staatlichen Konjunkturpakete zur Ankurbelung der Wirtschaft sind zum großen Teil ineffizient. Es werden nicht zusätzliche Ausgaben getätigt, die zusätzliche Investitionen erforderlich machen und auf diese Art zusätzliches Einkommen erzeugen. In Deutschland werden überwiegend vorgezogene Reparaturausgaben getätigt, die in ihrer Summe kleiner sind als die erwartete Minderung der Bruttoinlandsproduktes, das 2008 = 2.495 Mrd. Euro betrug. Bei einer geschätzten Minderung von 6 Prozent, entspricht das einer Verringerung von rund 150 Mrd. Euro, wohingegen die Summe beider Konjunkturprogramme 81 Mrd. Euro beträgt.
- Demgegenüber schlägt die notwendige Staatsverschuldung aus den Konjunkturprogrammen, der Schuldenübernahme der vom Konkurs bedrohten Banken und den notwendigen Bürgschaften zur Konkursverhinderung voll zu Buche. Diese Dimensionen der Staatsverschuldung können nicht mehr aus zusätzlichen Steuern eines steigenden Wirtschaftswachstums bestritten werden.

Im Gegenteil: Die bisherigen Dämme – die relativ konstanten Arbeitslosenzahlen – werden brechen, je länger die Krise anhält. Der Weg der Finanzkrise über die Wirtschaftskrise zur Systemkrise ist vorgezeichnet.

Anhang: Die Krisenursachen aus Sicht britischer Starökonomien

Damit die Leser des **Wirtschaftsinformationsdienstes WIF** nicht die heimliche Sorge drücken muß, daß die hier veröffentlichten Beiträge das Gespinnst von Sonderlingen oder bemitleidungswerten Exzentrikern ist, sei nachfolgend der wesentliche Inhalt eines Artikels aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung von dem Tage der Veröffentlichung dieses Artikels (31.08.2009) widergegeben⁹:

Als die englische Königin im Herbst 2008 von den britischen Wirtschaftswissenschaftlern wissen wollte, wie es dazu kommen konnte, daß niemand die Krise vorausgesehen hat, erhielt sie nach über 9 Monaten Wartezeit endlich einige Antworten:

Die Ökonomen Tim Besley und Peter Hennessy antworteten im Namen der British Academy, daß viele die Krise hätten kommen sehen, doch keiner den Zeitpunkt und die Schwere des Einbruchs. Womit natürlich noch gar nichts über die Ursachen ausgesagt war. Das taten sie selbst. Als Ursache wollen die beiden die Exportüberschüsse der Chinesen ausgemacht haben. Die dadurch angesammelten Kapitalüberschüsse hätten – in den USA angelegt – die Zinsen in den USA derart gesenkt, daß die Kapitalüberschüsse der Chinesen (aus den Exportüberschüssen angesammelte Gelder) die Zinsen in den USA derart drückten, weshalb sich die Amerikaner so verschuldeten und am Häusermarkt eine Preisblase entstand.

Die ökologisch bewegten Forscher der Insel boten der Königin eine andere Ursache an: Danach sei die Wirtschaftskrise nur Symptom einer viel größeren Systemkrise. Verantwortlich seien die ökologischen Ungleichgewichte – zwischen dem wachsenden Energiehunger der Wirtschaft und den begrenzten Ressourcen der Welt. Die Krise sei der Weckruf, um sich vom Wachstumsparadigma zu verabschieden. Über den Zusammenhang, weshalb das anglo-amerikanische Finanzsystem die künftige ökologische Krise zum Anlaß nahmen in ihrer Vorwegnahme eine Geld- und Kreditschöpfungsorgie auszulösen, sagten sie nichts.

Eine dritte Gruppe von Ökonomen erkannte in der modernen Ökonomik die Ursache der Krise. Sie sagen, daß die Wirtschaftswissenschaften praktisch zum Zweig der angewandten Mathematik verkommen seien. Eine ganze Generation von Ökonomen sei zu Fachidioten ausgebildet worden. Durch die hauptsächlich Beschäftigung mit mathematisch-formalen Modellen gehe die nötige Gesamtsicht auf die Welt verloren. Sie führen weiter aus, daß man angesichts der Komplexität der globalen Wirtschaft in der Ausbildung von Ökonomen viel mehr Aufmerksamkeit auf institutionelle, historische und psychologische Faktoren gelegt werden müsse.

Formal können wir uns dieser Kritik anschließen. Inhaltlich haben wir in diesem Aufsatz und in einer Reihe früher Analysen aufgezeigt, welche Ansatzpunkte förmlich darauf warten den Dingen auf den Grund zu gehen.

© www.hpatzak.de 31.08.2009

⁹ Inhaltliche Wiedergabe des Artikels „Krisenbriefe an die Queen“ aus der Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31.08.2009 Seite 10 von Philip Plickert.